

# PRESSEINFORMATION

AG Soziales Hamburg

www.hamburg-stadtfueralle.de

16. Februar 2011

**ACHTUNG: Sperrfrist 16.2., 16.30h**

## 2. Konferenz zur Sozialen Spaltung: Wohnungspolitik ist soziale Politik

Mit deutlichen Forderungen an Politik und Verwaltung endete die zweite, ganztägige Konferenz zur Sozialen Spaltung am 16. Februar 2011. Der Einladung der AG Soziales Hamburg (\*), in der Aula der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) gemeinsam über die Entwicklung und die sozialen Folgen des Wohnungsmarktes zu diskutieren, waren mehr als 200 Menschen vor allem aus sozialen Projekten, Universitäten, Stadtteil- und Wohnungsinitiativen, wissenschaftlichen Einrichtungen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen sowie Gesundheits- und Genossenschaftsprojekten gefolgt.

*„Die Stadt Hamburg darf die Wohnraumversorgung der Bevölkerung nicht allein den Kräften des Marktes überlassen. Denn Wohnraumversorgung als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge ist zugleich ein sozialpolitisches Thema. Darum sehen wir die Stadt in der Pflicht, mit den unterschiedlichsten Instrumenten regulierend in den Mietwohnungsmarkt einzugreifen und dafür zu sorgen, dass auch Menschen mit niedrigem Einkommen einen angemessenen Zugang zum Wohnungsmarkt finden.“* Dieses Fazit zieht **Dr. Jörg Herrmann**, Leiter der Evangelischen Akademie der Nordelbischen Kirche und Mitorganisator der 2. Konferenz der AG Soziales Hamburg. Die städtischen und staatlichen Möglichkeiten hierbei seien vielfältig, müssten aber *„mit entschiedenem politischen Willen“* angewandt werden: Das Spektrum der Maßnahmen reicht von der Förderung von Bau und Vergabe preiswerter Wohnungen über soziale Erhaltensverordnungen und mieterfreundliche Gesetzgebungen bis hin zu genossenschaftlichen Immobilienagenturen, transparenter und qualitätsorientierter Flächenvergabe und dem Aufbau einer gemeinnützigen Wohnungswirtschaft.

Anders als von offizieller Stelle immer wieder behauptet, gibt es in Hamburg eine dramatische Wohnungsknappheit vor allem im Bereich kleiner Wohnungen zu moderaten Mieten: Diese Wohnungsknappheit trifft Haushalte mit niedrigem Einkommen, die in der Konsequenz der Steigerungen oft mehr als die Hälfte ihrer Einkommen für Miete aufwenden müssen, besonders hart und macht sie zusätzlich arm. Viele werden durch diese Entwicklungen zum Umzug in Außenbezirke der Stadt und in defizitäre Wohnungen gezwungen. Während das Angebot für einkommensschwache Haushalte kleiner wird, können gut situierte Haushalte auf ein breit gefächertes Angebot zurückgreifen.

Zum Auftakt der Konferenz hatte **Jan Kuhnert**, der Geschäftsführer der KUB Kommunal- und Unternehmensberatung GmbH Hannover, das Versagen des Wohnungsmarktes analysiert und die Notwendigkeit einer sozialen Wohnungspolitik deutlich gemacht. Der Mietwohnmarkt habe sich in den vergangenen 20 Jahren vom politisch geregelten zum stark liberalisierten Markt gewandelt. In diesem

Verlauf habe sich der Staat aus der Regulierung des Mietwohnungsmarktes zurückgezogen. Jan Kuhnert forderte in seinem Vortrag unter anderem neue, vor Verkauf geschützte Strukturen für kommunale Wohnungsunternehmen in Hamburg (z.B. die Überführung der SAGA/GWG in eine Stiftung), stärkere Anwendung des Erbbaurechts sowie neue steuerliche Fördermodelle für Anbieter preiswerter Mietwohnungen.

**Prof. Dr. Andreas Farwick** vom Geographischen Institut der Ruhr-Universität Bochum wies in seinem Vortrag auf die Bedeutung des Wohnungsmarktes für die zunehmende Segregation der Stadt hin. Farwick warnte vor extremen räumlichen und sozialen Segregationsprozessen, die unter anderem durch das Abschmelzen der Sozialwohnungsbestände und Prozesse der Gentrifizierung vorangetrieben würden. Um negativen Quartierseffekten entgegen zu steuern, schlug Prof. Farwick Strategien zur Förderung der "sozialen Durchmischung" ärmerer Wohnquartiere vor, z.B. kleinteiligen Sozialwohnungsbau und Imageverbesserungen ("neighbourhood branding"). Diese Thesen lösten lebhaften Widerspruch im Auditorium aus und führten zu einer kontroversen Diskussion.

*„Auf die soziale Schieflage, die der freie, staatlich unterregulierte Wohnungsmarkt produziert, machen mittlerweile auch zahlreiche zivilgesellschaftliche Kräfte aufmerksam, darunter die AG Soziales Hamburg und das Recht auf Stadt-Netzwerk. Diese Aktivitäten sind wichtig für das demokratische Gemeinwesen,“* betont **Dr. Jörg Herrmann**.

#### **Nachmittags fanden fünf parallele Diskussionsrunden mit kurzen Eingangreferaten statt.**

- Umweltbelastungen in Wohngebieten
- Wie wohnen in Hamburg arm machen kann ...
- Selbstorganisation statt Verdrängung?
- SAGA GWG – Rendite oder soziale Wohnungsversorgung?
- Wohnraumversorgung für besondere Zielgruppen

**(\*) Zur AG Soziales Hamburg gehören:** Die Lawaetz-Stiftung, das Diakonische Werk Hamburg, die Evangelische Akademie der Nordelbischen Kirche, das Hamburger Institut für Sozialforschung, das Institut für Soziologie der Helmut-Schmidt-Universität, das Department für Soziale Arbeit der HAW, die AG Gesundheitsförderung am UKE, das Arbeitsgebiet Stadt- und Regionalsoziologie der HafenCity Universität Hamburg. Die gemeinsame Plattform der Zusammenarbeit finden Sie im Internet unter [www.hamburg-stadtfueralle.de](http://www.hamburg-stadtfueralle.de)

**Weitere Informationen unter [www.hamburg-stadtfueralle.de](http://www.hamburg-stadtfueralle.de)**

#### **Pressekontakt:**

Tina Fritsche  
0179.1188730  
[stadtfueralle@online.de](mailto:stadtfueralle@online.de)